

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 12/21

MBI-Geschäftsstelle

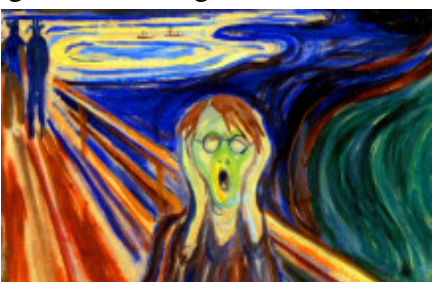
Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Zum Jahresausklang: 2022 -Alles wird gut? Vielleicht!?

Anders als in den Niederlanden, wo nach den Wahlen im April bis heute noch keine neue Regierung gefunden wurde, konnte die neue ampelige deutsche Regierung am Nikolaustag nach nur 3 Monaten bereits vereidigt werden. Das ist gut so, macht aber den Riesenproblemburg noch nicht kleiner. Die sog. 4. Welle und die Drohung mit einer neuen Corona-Variante Omikron überlagern alles, zerstören weitere Bereiche von Wirtschaft und Kultur endgültig, hinterlassen aber auch tiefgreifende Veränderungen bei Demokratie, Rechtsstaat und noch mehr bei vielen Menschen, vorneweg bei Kindern, Jugendlichen und vereinsamten Senioren. Es gibt aber auch große Krisengewinner, nicht nur bei Liefer firmen wie Amazon, Alibaba oder Lieferando, sondern auch bei den alles beherrschenden Internet-Giganten, den Energiekonzernen, der Immobilienwirtschaft und natürlich der Gesundheits- und Pharmaindustrie. Die märchenhaften endlos-Milliarden-Gewinne etwa von Amazon, Google, facebook, Apple, Elon Musks Firmenkonsortien oder auch BionTech u.v.m., aber auch Börsen-Höchststände und riesige Spekulationsgewinne über Kryptowährungen sind die gigantischste Umverteilung, die es je gab. Die Dauerdiskussionen um Impfpflicht und kleine bis große lockdowns haben diese bedeutenden Vorgänge aber aus der Öffentlichkeit fast ganz heraus gehalten. Inzwischen müsste die neue Bundesregierung sich eigentlich intensiver um Problemfelder kümmern, die auch im Gefolge der fast zweijährigen Corona-Ausnahmezustände virulent geworden sind. Versorgungsengpässe, galoppierende Inflation bei weiterhin Nullzinsenpolitik und damit Enteignung der Sparer, Hyperverschuldung aller staatlichen Ebenen und eine sehr prekäre internationale Lage mit autoritären Großmächten China und Russland sowie nach dem Afghanistan-Debakel einem erstarkten Vordringen des politischen Islam verlangen klare Strategien, die auch in Deutschland nicht erkennbar sind.



Mit immer neuen Verkündungen in Marktschreiermanier etwa durch den neuen Gesundheitsminister wird man noch eine Zeitlang die meisten Medien mit Corona auf Linie halten können, doch die Stimmung im Volk wird man dadurch auf Dauer kaum wieder aufhellen können. Die offizielle Inflation für Nov. wurde mit 5,2% angegeben, für nicht wenige Menschen liegt sie real sehr viel höher, nicht zuletzt weil neben Mieten und städtischen Gebühren vor allem Heizung, Strom, Sprit und Lebensmittel raketentypisch teurer wurden und werden. Es ist eine Binsenweisheit, dass Inflation ungerecht und unsozial ist. Sie setzt armen Menschen sehr viel stärker zu als Reichen. Weil aufgrund der Klimapolitik und den Coronafolgen zudem größere Teile des Mittelstandes in Bedrängnis kommen werden, drohen größere Verwerfungen.

Diese brisante Großwetterlage hat logischerweise auch deutliche Auswirkungen auf den kommunalen Alltag in der kleinen Großstadt Mülheim, nicht nur weil fast nichts ohne Zuschüsse von Land und Bund mehr geht. Die Exekutive (Verwaltung) hat sich auch hier immer weiter verselbständigt, die kommunale Politik hat ihre Funktion als Kontrollinstanz freiwillig zumeist aufgegeben und Immobilienspekulanten u.a. Krisengewinnler wittern Goldgräberstimmung. **Nichtdestotrotz: Noch ist Polen, sprich Mülheim, nicht ganz verloren!**

Auf den folgenden Seiten:

- STADTENTWICKLUNG und Immobilienmonopoly: Goldgräberstimmung und Niedergang !?..... S. 2
- MBI: Aufgabe der Rest-Ruhrbania-Pläne sowie Entsiegelung des Torsos Rest-Ruhrstraße!..... S. 3
- Kommunale Demokratie im bedauernswerten Krisenmodus? 1.) Kritik an der Sparkasse Mülheim im Stadtrat nicht erlaubt? 2.) Ignoranz und Arroganz in Gremien..... S. 4

STADTENTWICKLUNG und Immobilienmonopoly: Goldgräberstimmung hier und Niedergang dort!?

Die Coronamaßnahmen haben auch bei Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft bereits bis jetzt Entwicklungen enorm beschleunigt. In dem WAZ-Artikel: „Warum die Planungen für die Hauptpost stocken“ erläutert die Easy AG z.B., warum sie ihren Bürotower am Hbf verlassen werden: *„Die Easy Software AG hat sich am Tag eins nach der Berichterstattung dieser Zeitung zu ihrem Umzug nach Essen geäußert. Der alte Standort im Easy Tower am Hauptbahnhof mit seiner traditionellen Büroarchitektur mit kleinen Räumen, langen Gängen und vielen Etagen werde den „kollaborativen Prozessen“ des im Aufbruch befindlichen Unternehmens nicht mehr gerecht, hieß es. „In der modernen Arbeitswelt dienen Büros zwar nicht mehr als einziger Treffpunkt, aber umso mehr als Haupttreffpunkt. Und dieser Aufgabe müssen sie gerecht werden, ohne dass sie die Belegschaft über etliche Etagen und 100 Räume verstreuen“, so Easy-Vorstand Andreas Zipser. „Unsere Mitarbeitenden lieben die Vorteile mobiler Arbeit. Deshalb können wir es kaum erwarten, diese Mobilität auch in den neuen Büros zu ermöglichen.“*

Die Krise der Weltwirtschaft, Homeoffice, die Verödung der Innenstädte usw. werden noch viele Leerstände erzeugen. Wie Stadtplaner und private Investoren aus der Situation ein zukunfts-taugliches Konzept entwickeln wollen, ist noch völlig ungewiss. Vorläufig begnügen die Stadtplaner sich vornehmlich konkret mehr mit Förderung des Radverkehrs und weiteren Versuchen, den Autoverkehr immer weniger attraktiv zu machen.

Auch die kleine Großstadt Mülheim bietet andererseits immer mehr große Areale für Bauprojekte jeglicher Art. Große, traditionsreiche Firmen oder wichtige Dienstleistungsunternehmen verschwinden, werden verkauft, verlagert oder ganz aufgegeben. Das Tengelmann-Areal in Speldorf, die Friedrich-Wilhelm-Hütte zwischen Innenstadt und Styrum, Vallourec (ex-Mannesmann-Röhrenwerke), in Dümpten-Styrum, die AOK in Ruhrbania-Baufeld 3

Beispiel Weggang Easy und geplante Verlagerung der Hauptpost



Easy-Software AG und die Hauptpost am Hbf. sind erste Beispiele mit teilweise sehr großen Flächen und Potenzialen für einen neuen, gewaltigen Schub im Strukturwandel der einstigen Kohle- und Stahlstadt mitten im Ruhrgebiet. Man wird sehen, was sich entwickelt oder auch nicht.

Auch bzgl. der Zukunft der Hauptpost am Hbf., die angeblich weit weg nach Heißen um-

ziehen soll, fehlt vor allem aber ein Gesamtkonzept für den gesamten zukünftigen Verkehr rund um den Hbf, nicht nur für den ÖV und ÖPNV, sondern auch für den Autoverkehr (noch ist z.B. der Abriss der Hochstraße Tourainer Ring gültige Beschlusslage). Ohne wird aber jede zukünftige Umgestaltung einzig von den Immobilienfirmen abhängen, was dann bekanntlich nicht unbedingt zum Allgemeinwohl oder zu einer gedeihlichen Stadtentwicklung beitragen wird. Wie auch der WAZ-Artikel belegt, scheint die Aufgabe der gut funktionierenden Hauptpost in zentraler Lage irgendwie bereits beschlossene Sache. **Für viele Bürger eine weitere Verschlechterung!**

Bei den rasanten Veränderungen muss man fragen: Wo bleiben eigentlich die Bürger?

Beispiel Verkauf und Schließung der AOK an der Friedrich-Ebert-Straße

Die AOK Rheinland/Hamburg ist mit mehr als drei Millionen Versicherten die größte Krankenkasse in Nordrhein-Westfalen. Die AOK verkaufte gerade alle eigenen Immobilien im Rahmen ihrer sog. strategischen immobilienwirtschaftlichen Neuausrichtung, d.h. . Wechsel von Bestandsimmobilien im Eigentum zu externen gewerblichen Neuanmietungen. Was genau das für viele Städte und ihre Menschen im Rheinland bedeutet, ist unklar, hinterläßt aber große bis übergroße Fragezeichen.

In Mülheim befindet sich das AOK-Gebäude an der Friedrich-Ebert-Straße. Mehr nächste Seite

MBI: Aufgabe der Ruhrbania-Pläne zwischen Eisenbahn- und Nordbrücke sowie Entsiegelung des Torsos Rest-Ruhrstraße

Die Ruhrstraße war vor Ruhrbania eine Hauptverkehrsstraße, die von der Nordbrücke über eine Rampe den mehrspurigen Hauptverkehr danach zwischen Rathaus und Gartendenkmal/Ruhr bis zur Leineweberstraße aufnahm. Für die Ruhrbania-Baufelder 1+2 wurde sie entwidmet und überbaut, während die Rampe von der Nordbrücke im Zuge der Ruhrbania-Verkehrsführung genauso abgerissen wurde wie die beiden anderen overflys einmal zur Aktienstr.



und dann Ri. Styrum. Seither ist der Torso zwischen Nord- und Eisenbahnbrücke völlig funktionslos. Deshalb der folgende MBI-Antrag für den Ausschuss für Umwelt und Energie am 3.12.2021

Entsiegelung und Begrünung des Rest-Straßenteils der Ruhrstraße zwischen Heinrich-Melzer-Straße und Parkplatz vor der FWH-Hütte

Die MBI beantragen die Entsiegelung der Ruhrstraße zwischen Konrad-Adenauer-Brücke und Heinrich-Melzer-Straße, um diese in eine Grünfläche umzuwandeln.

Begründung:

Die Stadt Mülheim hat den Klimanotstand ausgerufen und hierzu das Konzept zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels erarbeitet. In diesem Konzept wurden unter anderem Aussagen zum Hochwasserschutz und Stadtklima (auch Innenstadtklima) getroffen.

Die Entsiegelung dieses ufernahen Teilstücks der einstigen Hauptverkehrsstraße hilft, die natürlichen Bodenfunktionen und Versickerungsfähigkeit wiederherzustellen.

Eine Überflutung bei Starkregenereignissen wird minimiert und das Stadtklima verbessert.

Gesine Schloßmacher, MBI-Vertreterin im Umweltausschuss

Frage: Was soll in den Ruhrbania-Baufeldern 3+4 geschehen, nachdem der B-Plan sich seit 15 Jahren als nicht umsetzbar erwiesen hat?

Die MBI hatten bereits in 2013 den Antrag zur Beendigung der Planung für die Ruhrbania-Baufelder zwischen Eisenbahn- und Nordbrücke gestellt. Doch der Antrag wurde einfach von der Tagesordnung gestimmt. Es besteht aber weiterhin akuter Korrekturbedarf, auch weil die AOK bisher nicht mitspielen wollte, das Gesundheitshaus stehen bleiben muss und ebenso für das ehemalige Arbeitsamt als KI-Zentrale keine Alternative existiert! Das im B-Plan Ruhrbania anstelle der mit Bäumen bestandenen Grünfläche (siehe im Foto links des Straßentorsos) festgesetzte 10-stöckige Bürohochhaus als Abgrenzung zur Nordbrücke ist ohnehin so realistisch wie eine Jungfergeburt!



In Mülheim/Ruhr befindet sich das AOK-Gebäude auf dem knapp 1550 qm großen Grundstück in Ruhrbania-Baufeld 3+4 zwischen Eisenbahn- (Radschnellweg RS 1) und Nordbrücke, zu dem auch das Gesundheitshaus und das ehemalige Arbeitsamt, heute u.a. KI = Kommunales Integrationszentrum, gehören. Bisher hatte die AOK sich geweigert, ihr Grundstück für die windigen Ruhrbania-Pläne abzugeben. Nun aber scheinen die Karten völlig neu gemischt, weil die AOK Rheinland ihr gesamtes Angebot anscheinend auf ganz neue Füße stellen will, siehe Seite 2.

Vor dem, was das für viele der (Pflicht-)Kunden bedeuten wird, kann einem schon jetzt mulmig werden.

Die Stadt will jetzt per Vorkaufsrecht das intakte AOK-Gebäude kaufen. "Natürlich" hoffen die Strategen in Rathaus und Parteien, damit endlich das städtebaulich und finanziell zerstörerische Ruhrbania-Projekt "vollenden" zu können. Die MBI lehnen das rundherum ab aus vielerlei Gründen. Die Stadt sollte die AOK kaufen und für ausgelagerte Ämter nutzen!!

Kommunale Demokratie im bedauernden Krisenmodus?

1.) Kritik an der Sparkasse MH im Stadtrat nicht erlaubt?

Auf der TO des Stadtrates am 11.11.21 stand auch der MBI-Antrag, der städtischen Tochter Sparkasse zu empfehlen, die nach dem BGH-Urteil nicht zulässig erhobenen Bankgebühren ihren Kunden zurück zu erstatten.

Rechtsdezernent Steinfort behauptete zu Sitzungsbeginn, nach dem Sparkassengesetz gäbe es ein Befassungsverbot des Rates bei Angelegenheiten der Sparkasse, weshalb der Punkt nicht behandelt werden dürfe. Da die MBI darauf bestanden, den Punkt auf der TO zu belassen, behauptete er, dass jede Entscheidung sofort vom OB angehalten und kassiert würde. Daraufhin stimmten nur die MBI-Vertreter für die Beibehaltung des Punktes, SPD, CDU, Grüne, FDP alle dagegen. **Es ist absurd, wenn die gewählten Volksvertreter der Stadt über das Gebahren der städtischen Tochter Sparkasse weder entscheiden, noch empfehlen und auch nicht einmal beraten dürfen können sollen.**

Für die kommunale Demokratie ist das ein Armutszeugnis erster Güte.

Ob der mit Spitzengehältern vergütete Sparkassenvorstand (z.B. 400.000 € für den Vorsitzenden) bei einer Empfehlung des Rates seine bisher kundenfeindliche Linie bzgl. der Kontogebühren korrigiert hätte, ist unbekannt.

Wie sehr die Mülheimer Sparkasse viele Bürger verärgert und nicht ernst genommen hat, beweist auch, dass laut WAZ vom 10.12. ganze 32.000 Kunden die Einverständniserklärung noch nicht unterzeichnet hatten, womit die laut BGH-Urteil unrechtmäßigen, Erhöhungen der Kontoführungsgebühren nachträglich abgesichert werden sollen. Es geht nämlich nicht nur um die Rückzahlung unrechtmäßiger Gebühren. Es geht u.a. auch darum, dass sie nun sogar mindestens 9,90 €/Monat für ein Girokonto kassieren möchte, was z.B. Geringverdienern richtig wehtut. (andere Banken nehmen 6 € bzw. bei Onlinebanking weniger)

Man kann und muss das Verhalten der Mülheimer Sparkasse nur als arrogant und beschämend ansehen. Für eine kommunale Einrichtung gehört sich das nicht, egal was das Sparkassengesetz besagt oder auch nicht!

2.) Ignoranz und Arroganz in Gremien

Wie bereits in diversen anderen Ausschüssen der letzten Monate zeigte sich nun auch im Planungsausschuss am 7. Dez. die deutlich ignorante bis arrogante Verhaltensweise von Verwaltung und Mehrheit der Mülheimer Politik gegenüber MBI-Eingaben. **Lebendige Demokratie sieht anders aus.**

1.) MBI-Antrag, Herrn Dr. Winkelmann vom Broicher Climate Campus als Experten einzuladen zum MBI-Antrag zu vorbeugendem Hochwasserschutz in der Stadtplanung, welcher vom Rat in den Ausschuss verschoben worden war. Der Ausschuss sollte über diese MBI-Forderungen abstimmen:

- ◆ Aufgabe der angedachten "floating homes" auf der Ruhr als Projekt im Rahmen der IGA 27
- ◆ Endgültige Festlegung der Wassergewinnungsfläche auf der gesamten Insel zwischen Kahlenbergwehr und Schleuseninsel als striktes Naturschutzgebiet mit Betretungsverbot
- ◆ Die Beendigung des Bebauungsplans Schlippenweg (G 15) im Anstrom des Rumbachtals
- ◆ Verbot des Baus weiterer Alten- und Pflegeheimen in hochwassergefährdeten Bereichen

Doch diese MBI-Punkte wurden - wenig überraschend - von Schwarz-Rot-Grün erneut von der Tagesordnung gestimmt. Hochwasserschutz sei ein Unterpunkt von Klimaschutz, blablabla. Doch: Mit Solar-dächern, E-Autos und Fahrradfahren kann man nur leider keinen vorbeugenden Hochwasserschutz betreiben. Ist aber in Mülheim auch nicht wirklich gewollt, um ja keinen Bauwilligen oder Immobilienspekulanten abzuschrecken, da Wohnungen in sensiblen Lagen halt weiter begehrt und lukrativ sind.

2.) MBI-Anfrage zu Fördergeldern aus dem Landes-KAG-Förderprogramm zur Entlastung der Beitragszahler bei Straßenbaubeiträgen

Diese Anfrage bereits aus Oktober gehöre in den Mobilitätsausschuss im Februar. Ob die Verwaltung dazu eine Stellungnahme bereits verfasst habe, wusste keiner. Wozu auch, lieber trägt man einen Streit nach dem anderen mit den beitragspflichtigen Bürgern aus wie zuletzt zu Nollendorf- oder Kolumbusstr. uswuf.....

